

„Eine famose Idee“

Bei der Jugenddemokratiekonferenz geht es um das Bildungssystem, die Drogenpolitik und die Sicherheit im ÖPNV

Von Elena Joser

MAINZ. Bei der 2. Mainzer Jugenddemokratiekonferenz an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) am Donnerstag haben die circa 65 teilnehmenden Jugendlichen einige Ideen in einem Forderungskatalog an die hiesige Verwaltung und Politik gesammelt, um verschiedene Bereiche der Stadt betreffend zu verbessern. Dabei kamen sie mit Lokalpolitikern ins Gespräch, die einige Anregungen mitnahmen, gleichzeitig aber auch Aufklärungsarbeit leisteten.

Finanzielle Aufklärung im Schulunterricht

Vio und Lena stellten ihre Ideen zur Bildung vor. „Man sollte lernen, wie man Steuererklärungen macht“, sagte Lena. Auch die finanzielle Absicherung treibe viele Schüler um. „Wie kommt man an Geld und an Jobs? Wie kann man sich finanziell absichern?“, fragte sie. Sozial-psychologisches Verhalten, IT-Skills oder Hauswirtschaftslehre würden in den Schulen ebenfalls nicht immer gelehrt. „Oder dass man im Matheunterricht nur die lebensrelevanten Themen durchnimmt“, sagte Vio. Schließlich brauche nicht jeder im späteren Berufsleben Trigonometrie oder Statistik. Späterer Schulbeginn, alternative Prüfungs-



Etwa 65 Jugendliche nahmen an der Jugenddemokratiekonferenz im Rahmen des Demokratietages Rheinland-Pfalz an der Johannes Gutenberg-Universität teil.

Foto: Jörg Henkel/hbz

formen sowie mehr Wahlmöglichkeiten in der Fachbelegung wurden vorgeschlagen. „Der Schulbeginn, das ist das alte Schulsystem. Daran können wir hier lokal leider nichts ändern“, sagte Tabea Gandelheidt, stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Liberalen.

Konstantin, Dominik und David stellten ihre Idee zu einer zentralen Drug Checking-Station gekoppelt mit einer Aufklärungs- und Suchtberatungs-

stelle vor. Konsumenten könnten hier die Reinheit von Drogen prüfen. „Ob das der richtige Weg ist? Da möchte ich ein Fragezeichen dranhängen“, sagte Claudia Siebner, Ortsvorsteherin von Bretzenheim (CDU). In Mainz gebe es das Café Balance und das Café Unplugged. „Ich habe eine andere Auffassung“, sagte sie. „Ich bin gegen die Freigabe von Drogen. Die Auswirkungen können gravierend sein.“

Während andere sich mit Er-

nährung und Grünflächen beschäftigten, ging es bei einer weiteren Gruppe um Mobilität. „Die Kosten eines Schülertickets werden über den Abstand zur Schule, Luftlinie, berechnet und sind zu teuer“, sagte Kim. „Manche Schüler bekommen gar keins.“ Diese Regel gehöre abgeschafft, meinte Christin Sauer, Ortsvorsteherin Hartenberg-Münchfeld (Grüne). „Das Liniennetz in Mainz muss auch ausgebaut werden“, so Kim weiter. Busse und Bahnen,

auch der SEV, seien zu unzuverlässig, von den Randgebieten ganz zu schweigen. Auch seien die digitalen Fahrplananzeigen an Haltestellen oft kaputt. „Liebes Mainz, hängt doch einfach die Papierfahrpläne wieder auf, anstatt Geld in etwas zu investieren, das nicht funktioniert“, sagte er.

Mehr Einfluss über Bürgerbeteiligung

Stadtratsmitglied Tupac Orelana (Linke) klärte indes die Jugendlichen über die Chance bei Bürgerbeteiligungen auf. So könnten sie zum Beispiel auf den Ausbau und die bessere Gestaltung von Fahrradwegen Einfluss nehmen. Die Idee einer Fahrradkartenapp könnten sie auch da einbringen. Matthias Becker, Ortsbürgermeister von Ober-Olm, sprach mit den Jugendlichen über Barrierefreiheit. Um die Sicherheit im ÖPNV zu erhöhen, schlug die Schüler Notfallknöpfe vor. Im Falle sexueller Belästigung werde der Knopf gedrückt und eine Kamera nehme Fotos auf. „Das ist eine famose Idee“, fand Ralf Kehrein, Ortsvorsteher von Mainz-Weisau (SPD), „und auch relativ einfach umzusetzen. Das Verbrechen wird aufgenommen, das würde das Bus- und Bahnfahren sicherer machen, vor allem bei Großveranstaltungen, wie der Fastnacht.“